

20.06.2016 – 17:15 Uhr

Städtekonferenz Mobilität will Sicherheit im Stadtverkehr weiter verbessern

Bern (ots) -

Die Zahl der im Strassenverkehr Getöteten und der Schwerverletzten ging in den letzten Jahren zurück. 2015 stieg jedoch die Anzahl tödlich Verunfallter gegenüber 2014 um 4 Prozent. Aus Sicht der Städtekonferenz Mobilität stellt dies den langjährigen positiven Trend nicht in Frage. Trotzdem müssen Bund, Kantone und Städte ihre Bemühungen, den Stadtverkehr noch sicherer zu machen, intensiv fortsetzen. Die Städte diskutierten das Thema mit Vertretern des Bundesamts für Strassen und betroffenen Organisationen an einer Veranstaltung in Bern.

Über mehrere Jahre starben in der Schweiz von Jahr zu Jahr weniger Menschen im Strassenverkehr, die Zahl der Schwerverletzten ging ebenfalls zurück. 2015 verunfallten hingegen mehr Personen tödlich als im Vorjahr. Das Jahr 2015 darf keine Trendumkehr einläuten. Deshalb setzt sich die Städtekonferenz Mobilität (SKM) dafür ein, dass Bund, Kantone, Städte und Gemeinden ihre Aktivitäten zur Verbesserung der Verkehrssicherheit weiter intensivieren.

Die SKM hatte bereits 2013 ein neues nationales Verkehrssicherheitsziel gefordert. Als Zielsetzung schlug die SKM vor, eine Reduktion sowohl der Verkehrstoten als auch der Schwerverletzten um je einen Viertel innerhalb von zehn Jahren anzustreben. An einer Standortbestimmung anlässlich der heutigen Mitgliederversammlung der SKM bekräftigten die Mitgliedstädte diese Stossrichtung.

Engagement aller Staatsebenen nötig

Die positive Entwicklung seit der Jahrtausendwende beruht auf der grossen Anstrengung aller Verantwortlichen. Städte und Agglomerationen haben dazu mit geeigneten Massnahmen beigetragen. Unfallschwerpunkte wurden systematisch saniert, die Präventionsarbeit wurde intensiviert, die Verkehrssicherheit erhielt grosses Gewicht bei laufenden Planungen. Städte und Agglomerationen setzen ihre Anstrengungen in diese Richtung fort.

Die SKM setzt sich dafür ein, dass die Massnahmen des Bundesprogramms Via Sicura umgesetzt werden. Die sicherheitsrelevanten Normen für die Strasseninfrastruktur sind mit Blick auf neue Entwicklungen im Stadtverkehr zu überprüfen. Zum Schutz von Fussgängern und Velofahrenden, insbesondere älteren Personen und Kindern, sollen die gefahrenen Geschwindigkeiten im Stadtverkehr weiter sinken und neue Infrastrukturen wie Fahrradstrassen getestet werden.

Die Verbesserung der Verkehrssicherheit soll auch künftig ein wichtiges Element der Agglomerationsprogramme sein, mit denen sich der Bund an Investitionen in die Verkehrsinfrastrukturen in Städten und Agglomerationen beteiligt. Der Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds, den das Bundesparlament derzeit berät, muss deshalb ausreichende Mittel für die Agglomerationsprogramme vorsehen.

Kontakt:

Ursula Wyss, Präsidentin der Städtekonferenz Mobilität,
Gemeinderätin Bern, 079 236 96 23

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100051638/100789664> abgerufen werden.